

Kreistagsfraktion SPD Kreis Offenbach, Mittwoch, 15. August 2018

SPD-Kreistagsfraktion setzt Dialog mit der IHK Offenbach fort / Arbeitsmarkt stabil

Die SPD-Kreistagsfraktion Offenbach hat erneut die Industrie- und Handelskammer (IHK) Offenbach besucht. Bereits seit vielen Jahren pflegen die Sozialdemokraten den Dialog mit den Vertretern der IHK. Kernthemen des Austausches bildeten die Bereiche Konjunktur, Mobilität, Fachkräftemangel und Wohnungsnot.



Wie in den vergangenen Jahren konnte IHK-Hauptgeschäftsführer Markus Weinbrenner von einer stabilen konjunkturellen Situation berichten: „Die Unternehmen im Kammerbezirk bewerten sowohl Geschäftslage als auch Geschäftserwartung nach wie vor positiv. Eine Entwicklung, die sich sowohl am Arbeits- als auch am Ausbildungsmarkt widerspiegelt.“ Inzwischen sei in einigen Branchen ein echter Fachkräftemangel zu erkennen. Gleichzeitig führe diese Entwicklung zu Steigerungen bei den Ausbildungsplätzen (5,2 Prozent). Ebenso seien zunehmend mehr Betriebe bereit, erstmals eine Ausbildung anzubieten (20 Prozent). Positiv wirke sich der Trend auch auf die Integration von Flüchtlingen auf den Arbeitsmarkt aus. Alleine die IHK habe inzwischen 150 Flüchtlinge in Ausbildungs- und Einstiegsqualifizierungen vermittelt. Für die Zukunft sei es aber unerlässlich, für mehr Flexibilität und Sicherheit bei der Beschäftigung dieser Personengruppe zu sorgen, da unsicherer Aufenthaltsstatus und stringente Regelungen bei der Ausbildungsförderung zu übermäßiger Bürokratie und wenig Verlässlichkeit führten. Ein Zuwanderungsgesetz werde hier dringend benötigt.

Äußerst lebhaft wurde die „Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ diskutiert. Alle Anwesenden waren sich darüber einig, dass Wohnungsbau zu einer entscheidenden Standortfrage für das Rhein-Main-Gebiet geworden ist. Fraktionsvorsitzender Werner Müller plädierte dafür, mehr geförderten Wohnraum anzubieten. „Der Rückgang von Sozialwohnungen der vergangenen Jahre im Lande Hessen ist erschreckend. Gleichzeitig fehlen aber auch



bezahlbare Angebote im mittleren Preissegment etwa für Facharbeiter oder Pflegekräfte“, so Müller. Um die Bereitstellung von Wohnraum zu forcieren müssten auch die entsprechenden Flächenpotentiale im Umland von Frankfurt genutzt werden.

IHK-Geschäftsführer „Standortpolitik“ Frank Achenbach bat in der Kommune entsprechende Aktivierung der vorhandenen Potentiale an Wohn- und Gewerbeflächen zu forcieren. Einig war sich Achenbach dabei mit dem planungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Kai Gerfelder: „Die wirklich aktiven Kommunen müssen dabei eine finanzielle Entlastung bei den Folgekosten für die soziale Infrastruktur, wie Kindertagesstätten und Schülerbetreuung von Landesseite erhalten. Ebenso muss das steigende Verkehrsaufkommen bewältigt werden.“

Das Thema Verkehr und Mobilität bildete den Schlussakkord beim Austausch zwischen Politik und Wirtschaft. Hier lag der Fokus auf der zügigen Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte, wie Regionaltangente West, Südtangente und Verstärkung der Taktung auf der Odenwaldbahn. „Wenn immer mehr Menschen in die Region ziehen, muss schnell ein Ausbau des ÖPNV erfolgen. Sonst droht ganz Rhein-Main der Verkehrskollaps.“